

# Nutzloses Steuergeschenk

Die Abgeltungssteuer wird kaum Fluchtkapital zurückbringen. Die zu erwartenden Steuerausfälle kosten aber viel Geld, mit dem man besser die Sozialabgaben senken sollte **VON SEBASTIAN DULLIEN**

So viel Beifall hat die Bundesregierung aus der Wirtschaft schon lange nicht mehr bekommen. Nachdem er am Wochenende seine Idee zur Einführung einer Abgeltungssteuer auf Zinserträge aus dem Hut gezaubert hatte, konnte sich Gerhard Schröder in der Zustimmung der Wirtschaftsvertreter regelrecht sonnen. Doch bei genauerem Hinsehen entpuppt sich auch dieses Vorhaben als Schildbürgerstreich.

Dabei ist die Idee einer Abgeltungssteuer an sich gar nicht so falsch. Es gibt gute Argumente, die Kapitalbesteuerung zu vereinfachen. Für viele Bürger steht der Verwaltungsaufwand, der durch die bisherige Regelung bei der Kapitalbesteuerung entsteht, in keinem Verhältnis zu den Zinseinkommen. Schon für wenige Hundert Euro Steuerschuld pro Jahr muss ein extra Formular zur Einkommensteuererklärung ausgefüllt werden. Und von Steuererechtigkeit kann keine Rede mehr sein, wenn systematische Kapitalflucht zum Volkssport wird.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass die neue Steuer nicht in das übrige Konzept der Bundesregierung passt. Rot-Grün hat sich weiter zu einem strikten Sparkurs bekannt. Das bedeutet, dass Mindereinnahmen an der einen Stelle wohl auch weiter durch hektische Steuer- und Abgabenerhöhungen oder Investitionsstreichungen an anderer Stelle aufgefangen werden.

Die meisten Fachleute sind sich einig, dass der Schritt zu einer Abgeltungssteuer Einnahmeausfälle bringen wird. Dies wird nicht einmal von den vehementesten Befürwortern der Abgeltungssteuer in Frage gestellt. Geliebt wird die neue Steuer vielmehr wegen ihrer Einfachheit, nicht wegen erwarteter Mehreinnahmen.

Selbst wenn bislang kein einziger Deutscher seine Zinszahlungen ordnungsgemäß angegeben hätte, müsste der Fiskus mit der Abgeltungssteuer zunächst auf rund 1,5 Mrd. € verzichten, weil die bisherige Abschlagssteuer von 30 Prozent durch einen Pauschalsatz von 25 Prozent ersetzt wird. Da es aber doch noch den einen oder anderen steuerehrlichen Bürger gibt, schätzt Viktor Steiner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, dass zu diesen 1,5 Mrd. € noch „die ein oder andere Milliarde hinzukommt“.

Fluchtgeld dagegen dürfte – anders als Schröder hofft – wohl kaum nach Deutschland zurückkommen. Dafür ist die Gebühr von 25 Prozent auf die bislang im Ausland versteckte Summe zu hoch. Zudem ist das Risiko für Rückkehrwillige nach wie vor enorm. Zwar ist die Vermögensteuer erst einmal vom Tisch, doch welcher Anleger kann sich angesichts des rot-grünen Schlin-

gerkurses in der Steuerpolitik sicher sein, dass nicht doch in ein oder zwei Jahren die SPD-Linke das Projekt Vermögensteuer noch einmal auf den Tisch legt?

Wenn aber kaum Fluchtgeld zurückkehrt, ist die Abgeltungssteuer nur eine versteckte Steuer senkung auf Zinseinkommen. Warum diese Steuer in der jetzigen Situation aber um 2,5 Mrd. € gesenkt werden soll, ist unverständlich. Dieses Geschenk wird keinen einzigen Arbeitsplatz in Deutschland schaffen. Unter-

nehmen spüren durch die Neuregelung keinerlei Entlastung, und keine einzige Investition wird rentabler als zuvor. Auch wird damit keine einzige Arbeitskraft günstiger.

Das Argument Schröders, künftig werde das „Geld wieder in Deutschland arbeiten“, ist ökonomisch ohne Belang. Für das Zinsniveau in der Bundesrepublik ist es vollkommen irrelevant, ob das Geld bei einer österreichischen Bank, einer luxemburgischen Filiale einer deutschen Bank oder der Stadtparkasse liegt. Der einheitliche Kapitalmarkt in der Euro-Zone lässt die Negativfolgen der Kapitalflucht für die Wirtschaft verschwinden, weil die ausländischen Anlagen über das Bankensystem den Unternehmen weiterhin für Investitionen zur Verfügung stehen.

Die durch die Abgeltungssteuer zu erwartenden Steuerausfälle von etwa 2,5 Mrd. € entsprechen ungefähr dem, was die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung von 4500 € auf 5100 € pro Monat und die Erhöhung des Beitragssatzes von 19,3 auf 19,5 Prozent einbringen wird. Rot-Grün hätte Deutschland einen wesentlich größeren Gefallen getan, wenn das Geld statt für die Senkung der Zinssteuern für eine Begrenzung der Rentenbeiträge eingesetzt worden wäre. Anders als niedrigere Steuern auf Zinsen hätte ein stabiler Rentenversicherungsbeitrag ganz direkt Unternehmen entlastet und so die Bedingungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verbessert, weil der Faktor Arbeit billiger geworden wäre.

Bleibt das Argument, die Abgeltungssteuer habe die Vermögensteuer verhindert. Dieser Schluss setzt eine erhebliche Dummheit bei der SPD-Linken voraus. Das gewerkschaftsnahe Lager will die Reichen künftig stärker belasten. Warum sollte sich diese Gruppe mit einer Steuerentlastung für Zinseinkommen als Alternative zur Vermögensteuer zufrieden geben? Wenn sich erst einmal herausstellt, dass kaum jemand von dem Rückkehrrecht für Fluchtkapital Gebrauch macht, wird auch die Vermögensteuer ganz schnell wieder aus der Versenkung auftauchen.

**Schröders  
Plan wird  
keinen  
einzigen  
Arbeitsplatz  
schaffen**